



**Deutscher
Sonderweg**

**Dokumentation des Dialogs
„Das Leitbild Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland“
Berlin, 06.03.2017**

Inhaltsverzeichnis

Über die Dialog-Reihe „Deutscher Sonderweg?“	2
Der Dialog „Das Leitbild Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland“	3
Auswertung der Dialog-Diskussion.....	4
1 Wettbewerbsfähigkeit.....	5
2 Leistungsbilanz und außenwirtschaftliches Gleichgewicht.....	6
3 Investitionen.....	9
4 Internationale Perspektive auf die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse.....	12
5 Deutsche Wettbewerbsfähigkeit und Lohnzurückhaltung.....	15
6 Pluralität in den Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftspolitik in Deutschland.....	16
7 Verantwortungsvoller Umgang mit Sprache.....	19
Ausblick	20
Annex I: Agenda.....	i
Annex II: Liste der vertretenen Institutionen.....	ii



**HUMBOLDT-VIADRINA
Governance Platform**

Über die Trialog-Reihe „Deutscher Sonderweg?“

Der Trialog zum Thema Wettbewerbsfähigkeit war die erste Veranstaltung der Reihe „Deutscher Sonderweg? – Eine Standortbestimmung der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland“. Das Projekt ist eine gemeinsame Initiative der Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft, des Forschungsinstituts für gesellschaftliche Weiterentwicklung, der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform, der Universität Siegen und des Institute for New Economic Thinking (INET).

Die Finanzkrise von 2008 konnte die politikberatende Ökonomie nicht ausreichend erkennen, auch fehlte es zunächst an angemessenen Erklärungen für ihre Dynamiken und Ursachen. Die Zuverlässigkeit der Wirtschaftswissenschaften erlitt seither im politischen Raum einen Vertrauensverlust. Auch bestehen Zweifel, ob die dominanten wirtschaftswissenschaftlichen Perspektiven ausreichen, zur Lösung anstehender gesellschaftlicher Herausforderungen beizutragen.

Als Diskussionsimpuls wurde für die Einladung zur Reihe eine These formuliert: Seit mehreren Jahrzehnten ist die neoklassische Schule der theoretische Kern einer dominanten wirtschaftstheoretischen Lehre in Wissenschaft und Politik. Insbesondere in Deutschland gilt an den Universitäten die neoklassische Perspektive als unanfechtbares Paradigma. Dies wirkt sich auch in der Politikberatung aus, wo sich die akademische Neoklassik mit Einsprengeln aus der ordoliberalen Tradition und anderen Theorieansätzen zu einem spezifisch deutschen Mainstream vermengt.

Die internationale Entwicklung ist in den Wirtschaftswissenschaften, vor allem aber in der Politikberatung, pluraler als es in Deutschland wahrgenommen wird. Immer mehr Forscherinnen und Forscher wenden sich Ansätzen zu, in denen historische, soziologische und philosophische Aspekte mehr Raum einnehmen; immer mehr internationale Organisationen wie die OECD oder der IWF kommen zu divergenten wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen. Die Entwicklung in Deutschland wird zunehmend als deutscher Sonderweg angesehen.

In den einzelnen Trialogen der Reihe werden Perspektiven innerhalb der deutschen Wirtschaftswissenschaften und in der politikberatenden Ökonomie über die Prämissen und Ausrichtung des Fachs in einen Austausch gebracht. Dabei sollen Ansätze der Mainstream-Ökonomie ebenso zu Wort kommen, wie heterodoxe Positionen. Im Zentrum steht dabei weniger die Frage welche ökonomische Theorie die Realität besser darstellt und welche wirtschaftspolitischen Instrumente zielführender sind, sondern weshalb es überhaupt einen deutschen Sonderweg gibt. Dazu tauschen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler transdisziplinär mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und organisierter Zivilgesellschaft zu wichtigen Themen der aktuellen Wirtschaftspolitik aus.

Ziel der Trialog-Reihe ist es, eine Öffnung für mehr Pluralität in den Wirtschaftswissenschaften durch Einbezug aller relevanten Stakeholder und durch die Herstellung von Perspektivenvielfalt zu befördern.

Über das Trialog-Konzept

Trialoge organisieren eine gemeinwohlorientierte Verständigung von Stakeholdern aus Politik, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft sowie Wissenschaft. Im Rahmen der eintägigen Veranstaltungen bringen sie durch eine Vielzahl von Akteuren unterschiedliche und oft auch antagonistische Positionen zusammen. In Anlehnung an das Habermas'sche Diskursmodell sollen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer intensiv mit den unterschiedlichen vorgebrachten Perspektiven auseinandersetzen und ihre Positionen im Rahmen einer verständigungsorientierten Moderation begründen und an andere Positionen anknüpfen. Um einen gelungenen Austausch zwischen allen anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu ermöglichen, sollte die maximale Personenanzahl pro Trialog fünfzig nicht überschreiten.

Die Trialoge schaffen unter Beachtung der Chatham House Rule und einer erfahrenen Moderation einen vertraulichen Raum, in dem alle Positionen und Anliegen Eingang in die Diskussion finden – unabhängig von divergierenden Machtpositionen. Im Anschluss an die Trialog-Veranstaltung werden die unterschiedlichen Argumente anhand des Diskussionstranskripts mit Ansätzen aus der qualitativen Sozialforschung analysiert und unterschiedliche Positionen und wo möglich Gemeinsamkeiten identifiziert. So können Grundkonsenskorridore aufgezeigt werden, die allgemein akzeptierbare Lösungen zu gesellschaftlichen Herausforderungen vorbereiten können. Die Analyse der Trialoge zeigt Entscheidungsalternativen und ihre jeweiligen Implikationen auf.

Der Trialog „Das Leitbild Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland“

Der Trialog am 06. März 2017 war die erste Veranstaltung der Reihe „Deutscher Sonderweg? – Eine Standortbestimmung der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland“. Als einzige große Volkswirtschaft innerhalb der OECD favorisiert Deutschland die kontinuierliche Produktion von Außenhandelsüberschüssen. Der Trialog soll die zugrundeliegenden Erklärungsmuster dieser Politik aufdecken und mögliche Widersprüche zwischen den ökonomischen Paradigmen herausarbeiten.

Im Fokus stand deshalb die Frage, wie interpretiert Deutschland das Leitbild der Wettbewerbsfähigkeit? Weitere Fragen dienten zur Orientierung in der Trialog-Diskussion:

- Gefährdet der deutsche Sonderweg den Zusammenhalt der Euro-Zone und der EU? Wenn das der Fall ist, welche Alternativen einer europafreundlichen Wirtschaftspolitik sind denkbar?
- Wie ist die Kritik aus dem Ausland zu beurteilen, dass der deutsche Sonderweg signifikant von einem historisch begründeten Sicherheitsbedürfnis getragen wird, das mit ökonomischer Vernunft nicht zureichend erklärbar ist?
- Was bedeutet eine Abkehr vom Freihandel nach Brexit, US-Wahl und dem absehbaren Ende von TTIP für die deutsche Exportorientierung? „Erledigt“ sich der deutsche Sonderweg von selber, wenn der Außenhandel von einem wachsenden Protektionismus getroffen wird?

Ablauf der Veranstaltung und Inputgeber

Mit der Ausrichtung der Trialog-Reihe auf die Wirtschaftswissenschaften und die Wirtschaftspolitik wurden die Inputgebenden entsprechend entlang dieser beiden Stakeholder-Gruppen eingeladen. Die Inputs dienten der Diskussion als Impulse und stellten unterschiedliche Positionen auf das Thema vor.

Am Vormittag sprachen zwei Inputgeber aus der Wissenschaft, bevor die Diskussion für das gesamte Plenum eröffnet wurde. Am Nachmittag sprachen zwei Inputgeber aus der Stakeholdergruppe Staat und Politik aus einer deutschen und europäischen Perspektive auf das Thema. Nach einer weiteren Plenumsdiskussion wurden zwei Workshops gebildet, die die Ergebnisse des Tages zusammenführten und Implikationen für die Wirtschaftswissenschaften und die Politikberatung diskutierten.

Für die Wissenschaft sprach zuerst **Prof. Dr. Christoph M. Schmidt**. Er studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim und wurde an der Princeton University promoviert. Er habilitierte sich 1995 an der Universität München. Seit 2002 ist er Präsident des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und Professor an der Ruhr-Universität Bochum. Zum März 2009 wurde Christoph M. Schmidt in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung berufen, seit März 2013 ist er dessen Vorsitzender.

Zweiter Sprecher für die Wissenschaft war **Prof. Dr. Sebastian Dullien**. Er studierte Volkswirtschaftslehre in Bochum, Paris und Berlin. 2004 promovierte er an der FU Berlin. Von 2000 bis 2007 arbeitete er bei der Financial Times Deutschland (FTD), zunächst als Redakteur für Leitartikel, später als Redakteur für Konjunktur und Weltwirtschaft. Seine Zeit bei der FTD unterbrach er mehrfach für Aufenthalte als Gastwissenschaftler bei verschiedenen Institutionen. Im Herbst 2007 wurde er auf eine Professur für allgemeine Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin mit Schwerpunkt International Economics berufen.

Am Nachmittag sprach für die Stakeholdergruppe Staat und Politik **Dr. Stefan Profit**. Er promovierte an der Humboldt-Universität Berlin in Volkswirtschaftslehre. Er arbeitete als Projektleiter bei der Bertelsmann-Stiftung und als Referent im Arbeits- und Wirtschaftsministerium sowie im Auswärtigen Amt. Seit 2015 ist er Unterabteilungsleiter Gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Analysen & Projektionen im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Als zweites sprach **Prof. Dr. Karl Pichelmann**. Er promovierte an der Universität Wien und arbeitete am Institut für Höhere Studien in Wien. Seit 1998 ist er bei der Europäischen Kommission in der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen. Dort befasst er sich vor allem mit Globalisierung und der europäischen Wirtschafts- und Währungsintegration sowie auf die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Arbeitsmärkte und die Sozialmodelle in Europa.

Heidmarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin a.D., führt in die Veranstaltung ein. Die Moderation des Trialogs erfolgte durch Dr. Peter W. Heller, Gesellschafter der HVGP.

Auswertung der Trialog-Diskussion

Die Trialogveranstaltungen werden über Tischmikrofone aufgezeichnet und transkribiert. Die anschließende Codierung des Transkripts mit MAXQDA sowie die inhaltliche Zusammenstellung der Codes nach Diskussionsthemen (inklusive Kontroversen, neuen Ideen etc.) orientiert sich an der Dokumentarischen Methode und verbleibt dabei bei der ersten Stufe dieser Methode, der formulierenden Interpretation. Bei der Codierung werden die Aussagen zu Themen verschlagwortet.

Die Auswahl und Systematisierung ergibt sich aus den im Dialog behandelten Themen und wird von Personen durchgeführt, die am Dialog teilgenommen haben. Die ermittelten Codes werden anschließend anonymisiert und thematisch gebündelt. Diese Themenbündelungen werden ihrerseits noch einmal gewichtet und in Unterthemen sortiert. Anschließend erfolgt eine Interpretation der Zitate, um eine einheitliche Textform zu erreichen. Dabei wird nah an den ursprünglichen Formulierungen gearbeitet, um den Sinngehalt nicht zu verzerren. Im Anschluss an die einzelnen Themenblöcke wird - wenn das Textmaterial es ermöglicht - in der Auswertung schließlich ein explizit interpretativer Teil formuliert, in der je nach ursprünglicher Zielsetzung des Dialogs relevante Erkenntnisse synthetisiert werden.

Diese Auswertung beansprucht keine umfassende und lückenlose Dokumentation der Diskussion. Es werden vielmehr die unterschiedlichen Perspektiven dokumentiert, die von den Teilnehmenden im Dialog genannt und diskutiert wurden und Vorschläge für mögliche Konsenskorridore gemacht.

Die Schwerpunkte der Diskussion waren:

- Wettbewerbsfähigkeit
- Leistungsbilanz und außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- Investitionen
- Internationale Perspektive auf die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse
- Pluralität in den Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftspolitik in Deutschland
- Verantwortungsvoller Umgang mit Sprache

1 Wettbewerbsfähigkeit

Positionen zur Wettbewerbsfähigkeit

- Nicht Staaten sind wettbewerbsfähig, sondern Unternehmen. Die Diskussion ist häufig sehr nationalökonomisch ausgerichtet. Doch ein Unternehmen ist heutzutage kein „deutsches“ Unternehmen mehr, sondern die Unternehmen sind global. Das heißt, nicht die Bundesregierung entscheidet über Innovationen, über Investitionen, Produktpaletten und Produktstandorte, sondern die Unternehmen selbst. Die Politik schafft allenfalls Rahmenbedingungen.
- Wir müssen unterscheiden zwischen Wettbewerbsfähigkeit und dem Leistungsbilanzüberschussproblem. Das wir „Exportweltmeister“ sind, damit habe ich kein großes Problem. Aber das wir der Weltmeister im Exportüberschuss sind, damit habe ich ein Problem. Wir haben ca. 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), die wir im Land nicht brauchen, nicht konsumieren und investieren. Wir sind ein Überproduktionsland und tun alles dafür, dass uns der Rest der Welt den Überschuss abkauft. Dieses Überschussproblem verursacht dort aber Probleme. Das größte Problem ist, dass das weltweite Wachstum dadurch vermutlich beeinträchtigt wird. Im Falle Deutschlands sind wichtige Defizitländer bis 2008 die Länder in der europäischen Union, speziell in der Eurozone. Damit haben wir ein europäisches Problem, das die Fähigkeit des Euros als Währungssystem und somit das Überleben des Euros in Frage stellt.
- Es gibt einen Standortwettbewerb, welcher auf staatlichen Rahmenbindungen beruht. In der Angebotstheorie werden diese zum entscheidenden Argument. Die Kosten sollen niedrig gehalten

werden (z.B. Steuergesetzgebung, Sozialversicherung, Tarifautonomie etc.), um die Wettbewerbsfähigkeit der Staaten zu gewährleisten. Hierbei ist der Fokus auf Lohnstückkosten aber zu eng. Für Wettbewerbsfähigkeit sind auch das Bildungssystem und sozialpolitische Aspekte ausschlaggebend.

Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in Deutschland – preislich oder qualitativ?

- Wir reden heute bei Unternehmen über dynamische Vorsprünge, Wissensvorsprünge, die Unternehmen sich erarbeiten. Dies schaffen sie durch Forschung und Entwicklung, durch Vernetzung, durch Technologie, durch Kundenorientierung, Fachkräfte und starke Internationalisierung. Es findet ein permanentes Engineering statt, zur Stärkung der Innovationskraft und da liegt ein deutsches Alleinstellungsmerkmal: Die Stärke des stark industriell geprägten Mittelstandes.
- Deutschland hat einen stark industriell geprägten Mittelstand. Die historisch gewachsene und komplexe Struktur des deutschen Mittelstandes ist sowohl ein herausragendes Leistungsmerkmal als auch Grund für den deutschen Leistungsbilanzüberschuss.
- Der Diskurs über Wettbewerbsfähigkeit ist stark interessenleitet. In allen Ländern wird unter der Überschrift Globalisierung darüber geredet, wie Wettbewerbsfähigkeit erhalten wird. Die Debatte richtet sich letzten Endes immer als Instrument gegen die wirtschaftlich Schwächeren, die auf Löhne, Sozialleistungen etc. verzichten. Übersteigerte Managergehälter und Vermögensakkumulationen werden nicht thematisiert. Der Diskurs produziert nur wenige Gewinner.
- Es sollte genauer unterschieden werden, welche Rolle der Euro und welche Rolle die Qualität und die Technologie für Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland spielen.

Konsenskorridor:

Es wurde ein gemeinsames Verständnis deutlich, dass die Politik die Rahmenbedingungen für Wettbewerbsfähigkeit schafft, aber nicht Staaten an sich wettbewerbsfähig sind, sondern Unternehmen.

Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen hat Einfluss auf das weltweite Wirtschaftswachstum und somit auf die internationale wirtschaftliche und politische Stabilität. Diese Verantwortung sollte angenommen werden.

Es gibt in Deutschland ein besonderes Merkmal von Wettbewerbsfähigkeit: der starke industriell geprägte Mittelstand. Dieser ist innovativ und behauptet sich am internationalen Markt aufgrund der hohen Qualität der Produkte. Diese Besonderheit sollte in der Diskussion um Wettbewerbsfähigkeit eine Rolle spielen.

2 Leistungsbilanz und außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Positionen zur Leistungsbilanz

- Eine ausgeglichene Leistungsbilanz muss nicht bedeuten, dass Exporte und Importe ausgeglichen sind.

- Es wird von einer globalen Stagnation gesprochen. Vier Faktoren werden herangezogen, die zu einem globalen Nachfragemangel führen:
 - Auf der Sparsseite: Es wird zu viel gespart aufgrund a) der demographischen Entwicklung in vielen Ländern und b) der Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung.
 - Auf der Investitionsseite: Es wird zu wenig investiert aufgrund a) der Verlangsamung des Produktivitätswachstums und b) geringerer Wachstumsraten und Beschäftigungsgrade.
- Das Problem fängt da an, wo wir wesentlich mehr ins Ausland verkaufen, als wir von dort einkaufen. Das ist ein makroökonomisches Problem. Weltweit haben wir seit mindestens einem Jahrzehnt das Problem, dass wir zu wenig globale Endnachfrage haben. Es wollen mehr Menschen ihr Geld sparen, als Unternehmen oder Staaten leihen und investieren. Wenn so viel Ersparnisse da sind, dann fallen die Zinsen und wir haben deflationäre Tendenzen. Länder, Unternehmen, Haushalte, die schon verschuldet sind, haben ein Problem, weil die Preise fallen und sie ihre Schulden nicht mehr bedienen können.
- Der demografische Wandel kann als Erklärung für 1-2 Prozent der Überschüsse geltend gemacht werden, weil alternde Gesellschaften eine höhere Sparquote haben. Auch der stark industriell geprägte Mittelstand ist Grund für den deutschen Leistungsbilanzüberschuss.
 - Gegenposition: In Deutschland haben die Haushalte nicht gespart. Die Unternehmen haben gespart. Das Argument des demografischen Wandels kann hier nicht gelten. Wenn ein Großteil der Unternehmen nicht investiert, dann muss die Öffentlichkeit investieren.
- Bis 1999 haben sich Importe und Exporte in Deutschland parallel entwickelt. Ab 1999 schießt die deutsche Exportquote im Vergleich zu anderen europäischen Staaten nach oben. Mit der Währungsunion gibt es keine Wechselkursanpassungen und somit keinen Ausgleichsmechanismus mehr. Ist die deutsche Wirtschaftsstärke ein Trugschluss und beruht eigentlich auf einem internationalen wirtschaftlich günstigen Zufall durch einen schwachen Euro? Fällt das Kartenhaus zusammen, wenn die internationale Nachfrage zusammenbricht?

Kritik an Leistungsbilanzüberschüssen

- Wenn es permanent Überschüsse gibt, muss es permanente Schuldner geben. Niemand hier wird glauben, dass man auf Dauer immer mehr Schulden anhäufen kann, ohne dass Finanzmärkte irgendwann panisch darauf reagieren. Das haben wir in Europa auch tatsächlich erlebt während der Krise des Euroraums.
- Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse tragen zu einer Aufblähung der Finanzmärkte bei, weil nicht genug investiert wird.
- Der Leistungsbilanzüberschuss ist mit den Sustainable Development Goals (SDGs) nicht kompatibel. Ungleichgewichte müssen abgebaut werden und Themen wie verantwortungsvoller Konsum, Frieden und Gerechtigkeit mitbedacht werden. Entwicklungsländer können nur Rohprodukte günstig in die EU einführen; veredelte Produkte werden stark versteuert.

Der Leistungsbilanzüberschuss und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (UN)

- Die Diskussion um den deutschen Sonderweg sollte unter dem Gesichtspunkt der Ziele für nachhaltige Entwicklung betrachtet werden. Nationale Politiken dürfen diesen Zielen nicht widersprechen, die im Jahr 2015 in der UN-Generalversammlung von allen Staats- und Regierungschefs beschlossen worden sind. Die kontinuierliche Produktion von Außenhandelsüberschüssen ist aber das Gegenteil von Nachhaltigkeit. Die wirtschaftspolitische Dimension der Ziele für nachhaltige Entwicklung, wird im Sinne einer sozialökonomischen Transformation im Kontext ökonomischer Diskussionen systematisch unterschätzt.
- Inzwischen sieht auch das World Economic Forum die systemischen Risiken in der Ungleichheit und in den ökologischen Desastern, die unsere Form des Wirtschaftens auf diesem Planeten verbreiten.
- Haben wir in unseren reichen Gesellschaften wirklich ein Nachfrageproblem oder haben wir eine Nachfragerlösung? Vielleicht haben wir es auch schon so weit geschafft, dass die Menschen hier nicht mehr ständig konsumieren wollen, weil sie das haben, was ihnen zum Leben wichtig ist. Was sie aber antreibt und unzufrieden macht ist die relative Ungleichheit, wegen der sie sich vergleichen und möglicherweise mehr Anteil am Konsum haben wollen. Aus einer Lebensqualitätsperspektive heraus - was brauche ich materiell, um meinen Lebensstandard zu bestreiten - sind wir da nicht an einem Durchbruch? Warum können wir uns darüber nicht freuen und warum ist das ein Problem?
- Es ist sinnvoll, sich mit dem Produktivitätsbegriff auseinanderzusetzen. Muss tatsächlich die Produktivität weiter gesteigert werden, zum Beispiel im Dienstleistungssektor? Im Krankenhaussystem sehen wir schon, dass eine reine Ökonomisierung nicht die beste Idee ist. Es sollte also überlegt werden, welche Produktivität gesteigert werden soll.
- Die globalen Nachhaltigkeitsziele sind internationales Vertragswerk, dem ein UN-Beschluss zugrunde liegt, daher sollten sie in allen Diskussionen mitgedacht werden. Zum Beispiel das Thema verantwortungsvoller Konsum: Wir reden in der deutschen Diskussion davon, dass auch Leute, die jetzt noch nicht viel konsumieren können, etwas mehr konsumieren sollen und möglichst auch in den anderen Ländern, das widerspricht sich. Ebenso das Ziel Frieden und Gerechtigkeit: Mit einem Leistungsbilanzdefizit ergibt sich Unzufriedenheit in den anderen Ländern - das ist auch nicht wirklich kompatibel. Mit anderen Worten: Die Frage zum Deutschen Sonderweg: „wie sinnvoll oder weniger sinnvoll ist unser Außenhandelsüberschuss?“ beantwortet sich selber, wenn wir die SDGs mit zur Rate ziehen. Dieser Leistungsbilanzüberschuss ist damit nicht kompatibel. Es steht die Frage im Raum, wie dieser zurückzufahren ist, ohne dass die deutsche Wirtschaft darunter leidet.

Konsenskorridor:

Es gab ein gemeinsames Verständnis darüber, dass der sehr hohe Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands ein Problem ist. Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer sahen in den zugrundeliegenden wirtschaftspolitischen und wirtschaftstheoretischen Annahmen das Hauptproblem. Andere sahen das Problem eher in den politischen Auswirkungen, den ein einseitiger hoher

Leistungsbilanzüberschuss aktuell befördert. Es wurde die These formuliert, dass kein Ökonom, auch nicht aus der sogenannten Mainstream-Ökonomie, den Leistungsbilanzüberschuss per se befürworte.

Es wurde vorgeschlagen, trotz dieser Differenzen gemeinsam darüber zu sprechen, was getan werden sollte, um dem Problem der sehr hohen Leistungsbilanzüberschüsse und seiner politischen Auswirkungen zu begegnen.

Es wurde angenommen, dass das Bundesministeriums der Finanzen (BMF) die Position veretre, dass sich die deutsche Position nicht verändern müsse, sondern die Defizitländer müssten Anpassungen vornehmen. Diese Position wurde überwiegend kritisch gesehen, da die impliziten Folgekosten einer solchen Strategie sehr hoch seien bzw. werden könnten. Es wurde dafür plädiert, dass sich beide Seiten bewegen müssten: sowohl Überschussländer wie Deutschland als auch die Defizitländer.

3 Investitionen

Es sollte mehr investiert werden:

- Unternehmen investieren trotz steigender Gewinne zu wenig in Deutschland, sie investieren eher im Ausland.
 - Es gibt einen Zusammenhang zu Löhnen: Wenn die Erträge nicht im Lohnsektor ankommen, dann entwickelt sich keine Binnennachfrage.
 - Bei niedrigen Löhnen ist es aufgrund der geringen Kaufkraft der Menschen nicht attraktiv, zu investieren.
 - Einwand: Es gab Reallohnsteigerungen in den letzten Jahren, auch unterstützt durch die Einführung des Mindestlohns und einer Stärkung der Tarifpartnerschaft.
- Unternehmen haben gespart und möglicherweise ein Investitionsproblem. Es wird zu wenig investiert, aber wenn die Unternehmen zu wenig investieren, dann ist es ihr Wille zu wenig zu investieren. Das mag aus der Sicht des einzelnen Unternehmens richtig sein, aus der Sicht der Gesamtwirtschaft ist es schädlich. Eine Wirtschaft, die in ihrer Gesamtheit sehr wenig investiert, kann nicht erwarten, dass der Wohlstand auf Dauer wächst, dass Arbeitsplätze auf Dauer entstehen und dass die Produktivität steigt.
- Unternehmen investieren nicht, weil die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nicht attraktiv sind. Es ist umstritten, ob die Unternehmensbesteuerung in Deutschland dabei ausschlaggebend ist. Auch gibt es eine geringere Gründungsaktivität im Vergleich zu anderen Ländern, wo die Atmosphäre offener gegenüber dem Unternehmertum ist.
 - Wirtschaftspolitik könnte unternehmerisches Handeln in Deutschland attraktiver machen.
 - Einwand: Unternehmen investieren Gewinne in Deutschland schon, insbesondere in Forschung und Entwicklung.

- Es braucht mehr Investitionen für mehr Produktivität. Beispiel: Handwerker im Rhein-Main-Gebiet oder im Ruhrgebiet stehen bis zu 15 Stunden pro Woche im Stau. Technische Produktivitätsfortschritte gehen durch einen Mangel an guter Infrastruktur verloren.
- Wir sind an der Kapazitätsgrenze für Investitionen. Es wurde viel Geld bereitgestellt und nicht abgerufen. Die öffentliche Hand kann nicht mehr investieren, weil das Personal für die Planung nicht mehr vorhanden ist.
 - Gegenposition: Die logische Konsequenz wäre, mehr Personal in diesen Bereichen aufzubauen.
- Das wirtschaftliche Plus, welches durch Investitionen ausgelöst werden könnte, kommt bei den europäischen Partnern nicht an. In Deutschland nachgefragte Konsumgüter kommen häufig aus Drittstaaten z.B. aus China, das nützt anderen Ländern der Eurozone nicht.
 - Gegenposition: Am Bau werden relativ viele EU-Ausländer beschäftigt. Die dort gezahlten Gelder gehen an die Heimatländer und verringern auch das Problem der Verschuldung dieser Länder.
 - Die steigende Nachfrage nach solchen Investitionen erhöht auch die Löhne in Deutschland und eine höhere Lohnsumme führt nicht nur zu mehr Importen aus China, sondern auch dazu, dass Waren und Dienstleistungen aus anderen Ländern nachgefragt werden (zum Beispiel Urlaubsreisen nach Griechenland oder Spanien) und die dortige Leistungsbilanz verbessern.
 - Auch wenn primär die Einkommen in Drittländern wie z.B. in China steigen, werden dort z.B. mehr französische Luxusprodukte gekauft und auch das wirkt sich am Ende auf deren außenwirtschaftliche Position aus.

Mehr Investitionen sind keine Lösung

- Wenn in die öffentliche Infrastruktur in Deutschland investiert wird, werden darüber die deutschen Unternehmen noch wettbewerbsfähiger und das schlägt sich weiter in einer unausgeglichene Leistungsbilanz nieder.
 - Gegenposition: Solange die Löhne im gleichen Maße wie die Produktivität steigen, ist das nicht problematisch. Es ist nur ein Problem, wenn das Plus an Produktivität nur in die Gewinne einfließt.
- Die Leistungsbilanz ist ein Marktergebnis, der Staat sollte nicht eingreifen. Die Haushalte wissen am besten, was sie sparen möchten und die Unternehmen wissen am besten, ob sie im Inland oder im Ausland investieren möchten.
 - Gegenposition: Die Leistungsbilanz ist ein Marktergebnis, aber der größte ökonomische Akteur in Deutschland ist der Staat. Und er ist nicht nur ein großer ökonomischer Akteur, weil durch ihn 40 Prozent des BIP laufen, sondern auch aufgrund der Regulierungen am Arbeitsmarkt.
- Die Gewinne aus den Exportüberschüssen werden bereits jetzt in Deutschland in Forschung und Entwicklung investiert. Aber sie sind wenig beschäftigungsintensiv im Inland.

- Es gibt viele starke Technologiekonzerne, die sehr viel Geld in Deutschland für Erweiterungsinvestitionen mobilisieren, aber viel Geld des deutschen Mittelstandes geht ins Ausland. Was fehlt eigentlich den so erfolgreichen exportorientierten deutschen mittelständischen Unternehmen, um ihr Geld im eigenen Land zu investieren?

Thema Öffentliche Investitionen

- Wenn Investitionen zu schwach sind und wir viel stärker investieren müssen, reichen Appelle an Unternehmen nicht, da sie einer einzelwirtschaftlichen Rationalität folgen. Die öffentliche Hand muss daher ein Vorreiter sein und öffentliche Investitionen deutlich ausweiten.
 - Gegenposition: Dadurch wird die Verschuldung der öffentlichen Hand weiter erhöht.
 - Einwand: Diese Verschuldung würde nur temporär erhöht, denn über ein höheres Wirtschaftswachstum würde die Verschuldung langfristig auch wieder abgebaut. Der Wohlstand wäre insgesamt sogar höher und wir könnten die entstehenden Schulden können relativ leicht beglichen werden.
- Es braucht mehr öffentliche Investitionen. Der Staat kann derzeit Geld für null Prozent Zinsen leihen und investiert trotzdem zu wenig. Seit 2002 ist die Bilanz der öffentlichen Investitionen negativ; das heißt mehr Werte werden durch Abnutzung abgebaut als neu geschaffen.
- Die Kommunen stehen insgesamt finanziell besser da als Länder und Bund - sie sind nur heterogener. Der Sachverständigenrat verlangt auf der Ebene von Ländern und Kommunen eine bessere Prioritätensetzung und Kommunikation mit den Bürgern darüber, was nicht finanziert werden kann bzw. was zentralisiert werden muss. Es gäbe Möglichkeiten, besseren Service für weniger Geld anzubieten, zum Beispiel durch die Zusammenlegung von Verwaltungen, um so Investitionsmittel zu generieren.
- Der Vorschlag, dass Deutschland seine öffentlichen Investitionen verachtfachen soll, ist technisch, administrativ und auch was die Konsistenz mit dem Stabilitätspakt betrifft, nicht durchführbar. Daher sind in den länderspezifischen Empfehlungen der EU-Kommission ein ganzes Bündel an Maßnahmen genannt, von denen eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen nur eine ist. Öffentliche Investitionen sollten effizient sein und eine positive soziale Ertragsrate mit sich bringen.

Vorschläge und offene Fragen: Wie könnte die Investitionstätigkeit gesteigert und der Leistungsbilanzüberschuss abgebaut werden?

- Es bleibt eine offene Frage, wie dauerhaft der deutsche Leistungsbilanzüberschuss ist. Der Leistungsbilanzüberschuss wurde in der Diskussion jedoch überwiegend als systemisch und nicht als temporär bewertet.
- Deutschland hat Kapazitäten aufgebaut, deren Erträge in Deutschland und Europa nicht mehr abgesetzt werden können. Dies führte zu einer Ausweitung des Absatzmarktes. Wenn eine Reduzierung des Leistungsbilanzüberschusses erwünscht ist, dann müsste auch die Produktion reduziert werden.
- Eine Absenkung der Import-Mehrwertsteuer könnte als Instrument zur Steigerung der Import-Nachfrage in Betracht gezogen werden.

- Blick über den Tellerrand: Welche Diskussionen werden in China geführt? Wie hat sich China angepasst als die Weltnachfrage zusammengebrochen ist?
- Wie viel des Überschusses soll in Konsum gelenkt werden? Gibt es einen Konsens, dass die Frage nicht allein im Rahmen der Wirtschaftswissenschaften geklärt werden kann? Wie können bei ökonomischen Entscheidungen auch ökologische Effekte mitgedacht werden und umgekehrt?
- In den Kommunen sind die Investitionsbedarfe enorm, doch die Schuldenbremse schränkt die Kommunen massiv ein. Was ist die Schlussfolgerung?

Konsenskorridor:

Investitionen können eine zentrale Rolle beim Abbau der sehr hohen Leistungsbilanzüberschüsse spielen. Dabei wurden zwei Schwerpunkte genannt: Die Verbesserung des Investitionsklimas im Inland und die Erhöhung öffentlicher Investitionen.

Es gab ein gemeinsames Verständnis darüber, dass durch die Ausweitung von Derivatmärkten und dem Fehlen sicherer Anlagemöglichkeiten bzw. die Ausweitung von Risikomärkten die Finanzmärkte zu einem Unsicherheitsfaktor geworden sind – auch, weil zu wenig realwirtschaftlich investiert wurde.

4 Internationale Perspektive auf die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse

Die Problematisierung der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse basiert auf zwischenstaatlichen Konkurrenzen („blame game“)

- Möglicherweise ist der Angriff von außen auf die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse durch ein „blame game“ zu erklären. Zum Beispiel französische oder italienische Wirtschaftspolitiker könnten dies initiieren, anstatt dafür zu sorgen, dass im eigenen Land mehr Wettbewerb, bessere Produkte und bessere Qualität entstehen. Interessen spielen auch in der internationalen politischen Diskussion eine Rolle. Ich verstehe daher nicht ganz, wie man dem Argument folgen kann, die deutsche Position sei mit ökonomischer Vernunft nicht zureichend erklärbar. Wenn unterschiedliche Präferenzen daliegen, warum soll es nicht vernünftig sein, eine Position zu vertreten, die andere nicht haben? Anders ist es, wenn man sich fragt, ist das für Europa destabilisierend?
- Geht es bei der Kritik um „Deutschland gegen die USA“ oder geht es eher um die Abgrenzung „USA gegen die europäische Währungsunion“?
- Die Rettungsprozesse im Euroraum haben die ansonsten sehr hart und rasch ablaufenden Anpassungsprozesse in den Krisenländern abgefedert. Man kann nicht beides haben: Man kann nicht Solidarität bei der Abfederung der Anpassungsprozesse haben und gleichzeitig fordern, dass sich die Leistungsbilanzüberschüsse in Deutschland sehr schnell abbauen.
- Es ist nicht so, dass die gesamte Produktion ausgelagert wird, tatsächlich hat Deutschland im Vergleich mit Großbritannien oder Frankreich mit über 20 Prozent einen doppelten so hohen Anteil der Industrie an der Wirtschaft. Niemand war in der Lage, seinen Industrieanteil so gut zu halten, wenn nicht sogar auszubauen, wie die deutsche Volkswirtschaft. Der Euro war sicher eine Stütze

in diesem gesamten Prozess. Die 18 Jahre Eurozone haben aber auch dazu geführt, dass Deutschland so große Kapazitäten aufgebaut hat, dass diese in Deutschland und Europa nicht mehr abgesetzt werden können. Es wurden in den USA und vor allem in Asien erhebliche Absatzmärkte geschaffen und davon hängen große Bestandteile der deutschen Industriestruktur ab. Dabei spielt der Preis möglicherweise eine untergeordnete Rolle, denn wenn z.B. in Vietnam ein Industrialisierungsprozess stattfindet und dort eine deutsche Maschine gebraucht wird, dann wird diese deutsche Maschine gekauft. Dies ist preisunelastischer als häufig angenommen wird und lässt die Frage offen, welche Rolle dabei der Euro spielt oder ob nicht die hochqualitative Industriestruktur sowieso nachgefragt würde.

- Zur Gegenüberstellung von Pragmatismus in der Auslegung europäischer Regeln und Prinzipientreue: Ist es tatsächlich besser, immer pragmatisch zu sein oder ist vielleicht der deutsche Weg, Regeltreue mehr zu betonen als andere, sogar der europäischere? Immer pragmatisch zu sein kann den Keim für immer mehr Dissens in sich bergen. Die Anonymität der Finanzmärkte als disziplinierende Möglichkeit für die Staatshaushalte war einmal gewollt, weil wir uns dann keine gegenseitigen Schuldzuweisungen machen. Jetzt sind wir in einer Situation, an der die deutschen Steuerzahler und andere für die Rettung von anderen Steuerzahlern in Europa eingetreten sind und auf einmal haben wir Konflikte, die jahrelang oder jahrzehntelang nicht mehr relevant erschienen. Das ist doch möglicherweise auch eine Folge von zu viel Pragmatismus. Es ist jedenfalls nicht eindeutig, dass es immer der europäischere Weg ist zu sagen, wir wollen auf die anderen und ihre Bedürfnisse direkt zugehen.

Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse gefährden den europäischen Zusammenhalt

- Deutschland trägt doppelt zum Problem unserer Partner bei (zumindest aus deren Sicht): Erstens zur mangelnden globalen Endnachfrage, weil wir zu wenig ausgeben und zu viel sparen wollen. Zweitens: Weil wir über niedrige Preise konkurrieren, nehmen wir von diesem Kuchen, der sowieso kleiner ist, als er eigentlich sein könnte, ein noch größeres Stück. So sehen es viele Ökonomen in Frankreich, Italien, Spanien und zum Teil auch in den USA, sonst würden wir nicht so angegriffen.
- Es gibt sehr unterschiedliche Sichtweisen auf die Rolle von Handelsungleichgewichten. Sie können als ein Resultat eines gleichgewichtigen Handels in den Volkswirtschaften gesehen und insofern nicht als Problemgröße wahrgenommen werden. Das war auch die Haltung der überwiegenden Zahl der Ökonomen bis zur Krise des Euroraumes, wo der Frage der Handelsbilanzungleichgewichte eigentlich keine große Bedeutung beigemessen wurde. Erst seither wird sie tiefer diskutiert. Und es gibt die Sichtweise, die mehr aus einer keynesianischen Richtung kommt, dass Handelsungleichgewichte zumindest auf Dauer ein gravierendes Problem für die globale Stabilität darstellen.
- Das Problem eines deutschen Sonderwegs wird in den Medien, in der Masse der Bevölkerung, in der Regierung, im Sachverständigenrat und der Mehrheit der Volkswirte nicht wirklich wahrgenommen. Diese mangelnde selbstkritische Wahrnehmung steht in Gegensatz zur internationalen Wirtschaftswissenschaft und zwar zum Mainstream der Ökonomie. Zum Beispiel gab es in der Forschungsabteilung des IWF als einen Hort des Mainstreams dazu ein hohes Problembewusstsein. Letztlich geht es theoretisch um eine simple aber sehr schwierige Frage, nämlich um die Verbindung von internem makroökonomischen Gleichgewicht und externem Gleichgewicht.

Wenn man nur das interne Gleichgewicht für relevant hält und ein externes Ungleichgewicht als Überschuss oder als Defizit laufen lässt, gibt es ein Problem.

- Hätte es den Brexit auch gegeben, wenn Deutschland eine ausgeglichene Leistungsbilanz hätte? Wäre der Populismus in Frankreich mit Marine Le Pen so stark, wenn man nicht das Gefühl hätte, Deutschland zwingt anderen eine Sparpolitik auf, ist aber selber überhaupt nicht bereit sich zu bewegen, selbst wenn es um 1 Prozent oder 2 Prozent des Leistungsbilanzüberschusses geht?
- Man könnte fundamental argumentieren: Wir haben unsere ökonomischen Schätzungen, die uns zeigen, dass fast nichts von dem Überschuss ein Problem ist. Oder wir sagen sogar normativ-apriorisch, da ist nichts wo der Staat sich einmischen sollte – aber dann kann man natürlich auch in Schönheit sterben, wenn das politisch dazu führt, dass uns das europäische Modell um die Ohren fliegt.
- In Deutschland gibt es eine ausgeprägte Integrationsaversion gegenüber Europa, welche häufig das Kernproblem des deutschen Verhältnisses zur Europäischen Union ist. Die Zielfunktion eines deutschen Beamten, der ein EU-Dossier verhandelt, besteht darin, den nationalen Umsetzungsbedarf zu minimieren. Er hat gut gearbeitet, wenn im nationalen Recht nichts geändert werden muss. Und diese Integrationsaversion findet sich nicht nur in Ministerien, sie zieht sich durch Verbändestellungnahmen, wahrscheinlich auch Gewerkschaften, Bundestagsentschließungsanträge, Bundesratsäußerungen, Pressekommentare und auch die öffentliche Meinung geht in diese Richtung. Da ist oft der Tenor: Wir haben das beste Ausbildungssystem, wir haben das beste Insolvenzrecht, wir haben das beste Berufsrecht, wir haben die beste Energiebesteuerung und wir dürfen daran nichts ändern. Als größtes europäisches Land und als Land, das am meisten von Frieden und Wohlstand in Europa profitiert hat, wäre es wichtig erst nach dem europäischen Interesse zu fragen und als zweites nach dem nationalen Interesse und danach, wie sich beides vereinbaren lässt. Ein bisschen mehr Integrationsaffinität von Deutschland würde in Brüssel manchmal helfen.
- Die Arbeitslosigkeit in den Euro-Peripheriestaaten steigt, weil nicht genug Nachfrage da ist. Das gefährdet am Ende den Zusammenhalt der Eurozone und der EU. Es werden Populisten gestärkt, die am Ende die Wahlen gewinnen könnten, die dann - wie wir es in Großbritannien gesehen haben - möglicherweise irgendwann einen Austritt aus der Europäischen Union herbeiführen könnten. Was hat der Leistungsbilanzüberschuss damit zu tun? Wenn ein Land dauerhaft mehr exportiert als es importiert, dann trägt es zu diesem Mangel an globaler Nachfrage bei. Und Deutschland hat da tatsächlich ziemlich viel beigetragen.
- Es gibt eine Asymmetrie oder einen Kontrast zwischen der deutschen Außenpolitik und dem, wie in der Wirtschaftspolitik agiert wird. In der Außenpolitik ist Deutschland sehr kooperativ und auf die Partner bedacht. Aber in der Frage der ausgeglichenen Leistungsbilanz wird gesagt, dass dieses Ziel fragwürdig sei. Man versucht zu verdrängen, zu verharmlosen, zu verniedlichen und Kritik abzuwehren um da gar nichts tun zu müssen. Aber auf der anderen Seite wird brutal reinregiert in die Finanzpolitik der Mitgliedsstaaten. Diese Asymmetrie und dieser Alleingang zerstört Europa politisch und das geht schief. Das ist wirklich ein Hilferuf und das muss Wirtschaftspolitik mitdenken, sonst ist es schneller vorbei mit Europa als wir denken.

Konsenskorridor:

Es gab ein gemeinsames Verständnis darüber, dass es eine Interaktion zwischen den wirtschaftswissenschaftlichen und den wirtschaftsberatenden theoretischen Debatten gibt, die Auswirkungen auf die Ebene der konkreten Politik hat.

Auch wenn es unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, ob ein Leistungsbilanzüberschuss an sich problematisch ist oder ob dieser nur dann ein Problem darstellt, wenn er sehr hoch/exzessiv ist, bestand Einigkeit darüber, dass der Exportüberschuss Deutschlands im Ausland als ein großes Problem angesehen wird. Der Zusammenhalt Europas wird auch durch das deutsche Beharren auf Leistungsbilanzüberschüssen und Wettbewerbsfähigkeit sowie den anhaltenden Verzicht auf öffentliche Investitionen sowie Lohnzurückhaltung gefährdet – wenn Deutschland diesen Weg als „Königsweg“ auch für andere Länder durchsetzen will bzw. keine Kritik zulässt. Deutschland sollte stärker auf die europäischen Partner zugehen.

5 Deutsche Wettbewerbsfähigkeit und Lohnzurückhaltung

- Deutschland hat ungefähr seit der Jahrtausendwende einen Fokus auf die Erhöhung der preislichen und nicht der qualitativen Wettbewerbsfähigkeit gelegt. Die Entwicklung der Lohnstückkosten in Deutschland ist weit hinter einem sinnvollen Maß zurückgeblieben. Eine goldene Regel für Lohnerhöhungen sagt, diese sollten etwa wie die Zivilinflation der Europäischen Zentralbank (EZB) plus Produktivitätszuwachs steigen. Deutschland ist aber deutlich hinter dieser Regel zurückgeblieben. Dadurch sind die Gewinne der deutschen Unternehmen gestiegen und gleichzeitig war es nicht besonders attraktiv, im Inland zu investieren. Wenn die Löhne nicht steigen und der Konsum nicht steigt, fehlt die Absatzperspektive und dann wird weniger im Inland investiert.
- Die Analyse von Lohnverzicht und Lohnzurückhaltung als wichtige Faktoren für hohe Wettbewerbsfähigkeit von deutschen Produkten bestärkt das Gefühl, dass es in unserem Land nicht gerecht zugeht. Dadurch können soziale Konflikte und Spaltungen entstehen und dadurch wird zu mangelnder Partizipation der ärmeren Teile der Bevölkerung beigetragen. Wir wissen, dass in den ärmeren Regionen und Städten die Beteiligung an Wahlen geringer ist und das ist inakzeptabel.
- Was geschieht eigentlich mit den Erträgen aus dem Exportüberschuss? Wenn diese Erträge nicht verteilt werden bleiben diese Erträge im Unternehmenssektor. Die Hoffnung von vielen war, dass sie sich im Laufe der Zeit über die Volkswirtschaft ausbreiten, aber das ist nicht geschehen. Wir haben eine massive Umverteilung in Deutschland erlebt, die zu Lasten der Lohneinkommensbezieher gegangen ist. Wir müssen noch mehr darüber diskutieren, wie wir unsere Exporterfolge im Inland besser verteilen, um genau diese Ungleichgewichtigkeit im Außenhandel zu überwinden.
- Ich glaube, dass dieser Wettbewerbsfähigkeitsdiskurs stark interessegeleitet ist. Es ist kein Phänomen eines deutschen Sonderwegs, sondern in allen Ländern wird unter der Überschrift Globalisierung über die eigene Wettbewerbsfähigkeit gesprochen: wir müssen wettbewerbsfähig sein, damit wir in dieser „Wolfglobalisierung“ nicht unter die Räder kommen. Das ist immer ein Instrument gegen die wirtschaftlich Schwächeren, die dann auf Löhne, Sozialleistungen und so weiter verzichten müssen und es ist im Grunde ein Instrument in der Verteilungsdebatte.
- Für eine europafreundlichere Politik könnte man probieren, die Massenkaufkraft in Deutschland zu erhöhen. Dann wird mehr ausgegeben, mehr importiert, die Gewinne werden etwas kleiner,

es ist weniger Ersparnis da, das exportiert werden kann. Dazu könnten alle möglichen Instrumente genutzt werden, die zu robusteren Lohnerhöhungen beitragen wie der Mindestlohn oder das Stärken des Flächentarifs. Auch die Lohnführerschaft des öffentlichen Dienstes durch Lohnerhöhungen in den Bereichen Pflege oder Kinderbetreuung könnte ein Weg sein. So könnten auch mehr qualifizierte Arbeitskräfte gewonnen werden.

- Die Hartz-Reformen haben viele Menschen dazu gebracht, auf den Arbeitsmarkt zu gehen und ihre Arbeit anzubieten. Zunächst ohne Mindestlohn und sogar durch Aufstockung subventioniert. Was passiert in einem Markt, wenn das Angebot von etwas erhöht wird ohne die Nachfrage zu erhöhen? Der Preis fällt. Das mag gewünscht gewesen sein, um geringqualifizierte Menschen in die Arbeit zu kriegen, aber es war kein reines Marktergebnis. Es war das Ergebnis von einer veränderten Arbeitsmarktregulierung des Staates auf dem Markt.

Konsenskorridor:

Es gab ein gemeinsames Verständnis darüber, dass die Erträge aus den Exportüberschüssen überwiegend im Unternehmenssektor verblieben sind und sich nicht über die gesamte Volkswirtschaft ausgebreitet haben. Dies ist auch zu Lasten der Lohneinkommensbezieherinnen und -bezieher geschehen.

Es wurde davon ausgegangen, dass Lohnerhöhungen zu mehr Ausgaben für Konsumgüter und dadurch zu einer Verringerung der Leistungsbilanzüberschüsse beitragen können. Dies wurde auch als Mittel zur Stabilisierung Europas angesehen.

6 Pluralität in den Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftspolitik in Deutschland

Es gibt noch keine Pluralität, sie wird aber gebraucht

- Es ist bereichernd nicht nur Diskussionen unter den Ökonomen zu führen, aber auch gerade der Austausch zwischen den Disziplinen, zwischen den Sozialwissenschaften, den Umweltwissenschaften, ganz vielen anderen Bereiche, weil wir uns als Ökonomen doch in einem etwas begrenzten Denkmodell aufhalten.
- Bei Ökonomen kommt - zumindest im Studium – die Entwicklung der Reflexionsfähigkeit zu kurz. Es muss mehr gelehrt und gelernt werden darüber nachzudenken, wie wir über ökonomische Dinge nachdenken und nicht nur, wie sie zu messen sind.
- Diejenigen, die gegen den Mainstream argumentieren, ersetzen ein apodiktisches Vorbringen von vermeintlichen einmütigen oder eindeutigen Schlussfolgerungen durch ein anderes apodiktisches Vorbringen von vermeintlich eindeutigen Schlussfolgerungen. Das kann nicht der Fortschritt sein. Sondern Vielfalt muss auch bedeuten, dass bei alternativen Ansätzen Unsicherheiten zum Stand der Erkenntnis benannt werden – so wie es auch von anderen eingefordert wird.
- Es gibt einen fundamentalen Dissens in der Ökonomie über die Rolle von Handelsungleichgewichten, der zu sehr unterschiedlichen Schlussfolgerungen führt. Wenn die einen das überhaupt nicht

als Problem ansehen, werden sie es auch nicht betrachten, wenn das dann einseitig nur auf der anderen Seite geschieht.

Es gibt bereits ausreichend Pluralität

- Die ökonomische Szene in Deutschland hat sich in der Forschung sehr stark weiterentwickelt. Da gibt es nicht die deutsche oder die nichtdeutsche Ökonomik in Europa oder international. Es gibt eine ökonomische Forschung, die sehr vielstimmig ist.
- Ich glaube nicht, dass sie viele Ökonomen finden, die wirklich ein merkantilistisches Weltbild haben. Auch die Markroökonomik muss sich damit anfreunden, dass in den Größen, die sie betrachtet, eine Vielzahl von Akteuren, von Entscheidungen, von Handlungen zusammengefasst werden und zusammengefasst sind.
- Es gibt in der Wissenschaft ein relativ rigores System, nämlich Veröffentlichungen in referierten Top-Journals. Die meistens in den USA sind, das heißt die können nicht beeinflusst sein durch diesen deutschen Sonderweg in der Ökonomie. Das ist ein Qualitätskriterium, dass da ganz klar geklärt wird, da geht es nicht um Angebotsnachfrage, Keynesianismus oder Monetarist, das ist völlig unbedeutend, es geht wirklich um wissenschaftliche Exzellenz.
- Kritik: Bei der Dialog-Diskussion soll mehr Pluralität und die Herstellung von Perspektivenvielfalt das Ziel sein, die Verteilung der Teilnehmerinnen oder Teilnehmer entspricht dem aber nicht.

Empirie und Pluralität in den Wirtschaftswissenschaften

- Die Behauptung aus der Einladung, der spezifische deutschen Mainstream vermenge Einsprengsel der ordoliberalen Tradition und akademischen Neoklassik und andere Theorieansätze, ist ein Zerrbild. Es wird dabei nicht gleichzeitig erwähnt, dass wir über die letzten 20 Jahre eine Glaubwürdigkeitsrevolution in unserem Fach erlebt haben. Die empirische Fundierung hat stark an Gewicht gewonnen und das Fach innerhalb der letzten Jahrzehnte dramatisch verändert.
- Eine empirisch basierte Forschung ist automatisch vielstimmig. Es gibt nicht die eine richtige Antwort. Und ich glaube auch nicht, dass die herausragenden Vertreter der Disziplin eine solche apodiktische Einstimmigkeit oder Ausschließlichkeit ihrer Ergebnisse ins Feld führen würden.
- Die Volkswirtschaftslehre heute ist viel empiriegetriebener als in der Vergangenheit. Das spiegelt sich aber nicht immer in den Positionen, die in der Politikberatung vorangestellt und dargestellt werden. Wenn ich ans Sachverständigenratsgutachten denke bin ich mir nicht ganz sicher, ob zum Beispiel bei der Frage des Mindestlohns tatsächlich vorsichtig alle empirischen Ergebnisse, die wir aus den Studien haben, abgewogen werden.
- Es gibt einen fundamentalen Dissens in der Ökonomie über die Rolle von Handelsungleichgewichten der zu sehr unterschiedlichen Schlussfolgerungen führt und da nützen dann auch die Revolutionen in der empirischen Methodik, die wir ohne Zweifel gehabt haben, nichts. Denn wenn die einen das überhaupt nicht als Problem ansehen, werden sie es auch nicht betrachten.
- Die Einschätzungen im Gutachten des Sachverständigenrats basieren auch im makroökonomischen Bereich auf empirischen Studien. Die Diskussion ist empirisch basiert, ausgewogen und differenziert, die Positionen werden abgewogen, um dann eine eigene Position zu beziehen.

Vorannahmen sollten transparent gemacht werden

- Könnte in den Gutachten des Sachverständigenrats eine methodische Präambel vorangestellt werden? Das hätte natürlich Konsequenzen für den Inhalt, die man ausdiskutieren müsste.
- In Deutschland wird vielfach nicht nachvollzogen, wie jemand zu seiner Erkenntnis gelangt ist, sondern es wird gesagt: Diese Meinung gefällt uns nicht und deswegen sind wir dagegen. Kritik, weil die Annahmen für die empirische Studie schlecht sind ist in Ordnung. Aber wenn nur die Ergebnisse nicht gefallen, ist das kein Grund die Arbeit zu kritisieren. Da braucht es eine stärkere Selbstprüfung.
- Sie haben eine Menge von Daten und jetzt gucken sie, welcher Art von Interpretation würden diese Daten am ehesten entsprechen. Das ist ein induktiver Weg, der so tut, als ob er kein Vorverständnis hätte. Aber jede einzelne Datenermittlung geht von einem theoretisch mehr oder weniger bewussten Vorverständnis aus. Und deswegen finde ich die Folgerung muss sein, offen zu legen, welche Annahmen zugrunde gelegt werden. Dass Alternativen nicht öffentlich debattiert werden, das ist das Manko der gesamten politischen Diskussion, sowohl innerhalb von Deutschland als auch innerhalb von Europa.
- Wie werden Fakten ausgewählt, aus welcher auch normativen Überzeugung heraus und mit welchem Ziel?
- Es ist ein Problem, das bei den Ökonomen bestimmte Ergebnisse schon durch die Annahmen präjudiziert werden. Wenn ich bestimmte Annahmen in manche Modelle einfüge, kommen bestimmte Ergebnisse dabei heraus.
- Es sollte mehr über Normativität geredet werden. Ökonomen versuchen das weitestgehend aus ihrer Analyse herauszuhalten, aber man kann auch auf einem sehr hohen wissenschaftlichen Niveau über Normativität sprechen. Das heißt ja nicht nur, dass man bestimmte Urteile fällt, sondern dass man darüber reden kann, warum bestimmte Urteile als gültig oder als gerecht oder als sinnvoll angesehen werden. Wirtschaftspolitische Fragestellungen haben sehr viel mit normativen Fragestellungen zu tun: was uns als sinnvoll erscheint, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, welche Prozesse wir anstoßen wollen, welche Auswirkung bestimmte Entscheidung für das Leben von Menschen haben. Wir müssen uns als Ökonomen dem Diskurs darüber stellen, was eine gute Gesellschaft ist und in welcher Art von Gesellschaft wir leben wollen.

Konsenskorridor:

„Miteinander zu reden ist ja häufig besser, als übereinander oder voneinander zu lesen.“

Es bestand Einigkeit darüber, dass mit dem Wandel der Wirtschaftswissenschaften zu einer empirisch basierten Disziplin die Möglichkeiten und Grenzen der Erkenntnis betont werden. Dies trägt zu Pluralität in den Wirtschaftswissenschaften bei. Zugleich wurde aber herausgestellt, dass die Herkunft der Wirtschaftswissenschaften aus den Sozialwissenschaften zu stark in Vergessenheit gerate. Aus diesem Grund sollen Vorannahmen transparenter gemacht werden.

Es wird sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch in den Wirtschaftswissenschaften Pluralismus gebraucht. Ein gemeinsames Ziel beider Felder sollte sein, offenzulegen, dass es unterschiedliche Paradigmen gibt. Vielfalt muss in diesem Zusammenhang dann auch bedeuten, sich gegebenenfalls (insbesondere bei strittigen Analysen und Ansätzen) zur Unsicherheit über den Stand der Erkenntnis zu bekennen.

7 Verantwortungsvoller Umgang mit Sprache

- Man muss an den Wirtschaftsjournalismus appellieren, vorsichtiger mit manchen Begriffen umzugehen. Wenn das Handelsblatt, die Süddeutsche Zeitung oder die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) jeden Tag problematisieren, dass es ein deutsches Importdefizit gibt, würden sich die Debatten verändern. Diejenigen, die den Exportüberschuss für unproblematisch halten, müssen sich jedes Mal freuen, wenn sie in der Zeitung lesen, dass der Exportüberschuss eine bestimmte Größe erreicht hat.
 - Es ist ein faszinierender Gedanke bestimmte Narrative einfach umzudrehen: Importdefizit als neuen Begriff einzuführen oder Begriffe wie Schuld oder Rentenniveau (weil es kein Niveau ist) zu vermeiden. Aber es ist eine offene Frage, ob diese dann insgesamt besser sind als die heute genutzten Begriffe.
 - Es ist wichtig, mit dem Vokabular und mit dem Setzen von Begriffen Imaginationsräume vor zu strukturieren. Es geht um ein Reframing der hegemonialen Deutungshoheit dessen, wober wir hier verhandeln.
- In der Öffentlichkeit haben Narrative wie der „Weltmeister“ und die „schwäbische Hausfrau“ eine wichtige Bedeutung. Wieso wird das Narrativ des Exportweltmeisters so positiv kommuniziert?
- Welche Begriffe können genutzt werden, die weniger politisch aufgeladen sind als Defizit, Schulden etc.? Es besteht aber der Einwand, dass es zweifelhaft ist, ob die Vermeidung von Begriffen in der Auseinandersetzung weiterhilft. Einigkeit besteht darüber, dass eine gründlichere Begriffsreflexion und die Offenlegung von normativen Annahmen in den Wirtschaftswissenschaften derzeit fehlt und dadurch teilweise irreführende Begriffe im öffentlichen Diskurs verwendet werden.

Konsenskorridor:

Die hohe Bedeutung von Narrativen in der gesellschaftlichen Diskussion wirtschaftlicher Phänomene wurde anerkannt.

In der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung und für die Medien wurde ein vorsichtiger Umgang mit Narrativen für sinnvoll gehalten, da diese die Debatte verzerren und teilweise irreführend sind. Es ist eine offene Frage, ob andere oder neue Narrative besser sind als die heute genutzten Begriffe.

Einigkeit besteht darüber, dass eine gründlichere Begriffsreflexion und die Offenlegung von normativen Annahmen in den Wirtschaftswissenschaften derzeit fehlt und dadurch teilweise irreführende Begriffe im öffentlichen Diskurs verwendet werden.

Ausblick

Der nächste Trialog der Reihe zum deutschen Sonderweg in den Wirtschaftswissenschaften wird am 3. Juli 2017 in Berlin stattfinden. Anknüpfend an das Thema Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsbilanzüberschüsse soll es um die Frage gehen, welche Fiskalpolitik in der Krise der Eurozone und der EU richtig ist. Das positive Wachstum in Deutschland im europäischen Vergleich und die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt scheinen diejenigen Stimmen zu bestätigen, die in einer restriktiven Fiskalpolitik kein Problem oder sogar eine Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung sehen. Zugleich wird Deutschland von vielen nationalen und internationalen Akteuren ein Investitionsrückstau trotz eines Niedrigzinsumfeldes diagnostiziert, der auch zu einer Schrumpfung des öffentlichen Kapitalstocks führt. Schon lange stellen ausländische Ökonomen und internationale Institutionen die Politik der „schwarzen Null“ und die deutsche Schuldenbremse in Frage, in jüngster Zeit wird über die Sinnhaftigkeit dieser Politik auch im Inland diskutiert. Das Beharren auf Austeritätspolitik innerhalb der Eurozone hat zusätzlich zu erheblichen politischen Konflikten geführt. Es ist unklar, ob die jüngste Erholung in einigen Krisenländern wegen, trotz oder durch die Umgehung der Austeritätspolitik erfolgt ist. Es soll darüber diskutiert werden, welche makroökonomische Begründung der Austeritätspolitik zugrunde liegt und wie ist die Kritik an der Sparpolitik in Deutschland sowie im Euroraum zu beurteilen ist. Ist die Schuldenbremse in Deutschland ein tragfähiges Modell auch für andere Länder oder verhindert sie notwendige Investitionen? Trägt Austeritätspolitik im Euroraum zur Bewältigung der Krise bei oder erschwert sie deren Lösung? Die deutsche Fokussierung auf die „schwarze Null“ soll in diesem Trialog auf ihre paradigmatische Basis hin überprüft und mit konkurrierenden Positionen verglichen werden.

Weitere geplante Veranstaltungen der Reihe sind Trialoge und Workshops zu den Themen Welthandel und Handelsabkommen; die Relevanz der Sustainable Development Goals in den deutschen Wirtschaftswissenschaften; wirtschaftstheoretische und –historische Einordnung des deutschen Sonderwegs; wissenschaftssoziologische Analysen des deutschen Sonderwegs.

Annex I: Agenda

Das Leitbild Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland

Am 06. März 2017, im Allianz Forum (Pariser Platz 6, 10117 Berlin)

09:00 Anmeldung und Kaffee

09:30 Begrüßung und Einführung

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin a.D.

Dr. Peter W. Heller, HUMOBLDT-VIADRINA Governance Plattform

10:00 Input-Vorträge aus der Wissenschaft

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, RWI-Leibnitz-Institut für Wirtschaftsforschung

Prof. Dr. Sebastian Dullien, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin

10:30 Kaffeepause

10:45 Diskussion zwischen allen Teilnehmenden

12:30 Mittagspause

13:30 Vorstellung des Forschungsinstituts für gesellschaftliche Weiterentwicklung

Prof. Dr. Till van Treeck

Input-Vorträge aus Staat und Politik

Dr. Stefan Profit, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Prof. Dr. Karl Pichelmann, Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen

14:00 Diskussion zwischen allen Teilnehmenden

14:45 Kaffeepause

15:00 Vertiefung in Kleingruppen: Implikationen für die Wirtschaftswissenschaften und die Politikberatung

15:45 Zusammenführung von Ergebnissen und Positionen

16:30 Weinempfang und Ausklang der Veranstaltung

Annex II: Liste der vertretenen Institutionen

Akademie Solidarische Ökonomie

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

Bundestagsfraktion Die Linke

Bundestagsfraktion SPD

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.

DGE GmbH

Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen

Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW)

Friedrich-Ebert Stiftung (FES)

Hans-Böckler-Stiftung, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW)

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR)

Humboldt-Viadrina Governance Platform

Initiative Plurale Ökonomik Münster

Institut für Wirtschaftsgestaltung

Institute for New Economic Thinking (INET)

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG)

Netzwerk Plurale Ökonomik e.V.

Robert Bosch GmbH

RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Süddeutsche Zeitung

Universität Duisburg-Essen

Universität Siegen

Universität zu Köln

WFS Wachstums-Förderungs-Strategie (für Qualität)

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie



HUMBOLDT-VIADRINA
Governance Platform

Kontakt

HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH
Pariser Platz 6 (Allianz Forum)
10117 Berlin

Telefon: +49 30 20620 130

Email: trialoge@governance-platform.org

Autorinnen: Dr. Audrey Podann, Marietta Müller

www.deutscher-sonderweg.de

Bericht vom 09.06.2017

Gefördert durch:



Institute for
New Economic Thinking